



## Nein zur Schaffung von Parallelrecht

von Stefan Urech, Gemeinderat SVP Kreis 4/5

**Die linken Parteien möchten in der Stadt Zürich eine Art Parallelrecht zur Bundesverfassung einführen. Dass dieses Vorhaben nicht nur vom rotgrün dominierten Gemeinderat, sondern auch von der Exekutive unterstützt wird, lässt einen leer schlucken und am Demokratie- und Rechtsverständnis der selbstherrlichen linken Bürger zweifeln.**

Zürich soll nach dem amerikanischen Vorbild eine «Sanctuary City» werden, wo illegale Einwanderer Rechte erhalten sollen, die sie sonst nirgends hätten. Die Umsetzung dieses Anliegens würde einen weiteren Pull-Faktor und dadurch in den nächsten Jahren einen starken Anstieg der Sans-Papiers generieren, an deren Lebenssituation aber wenig bis nichts ändern.

Die Promotoren dieser nicht umsetzbaren Forderung, der «Verein Zürich City Card» und die Stadtverwaltung haben es (wohl nicht ganz ohne Grund) unterlassen, eine rechtliche Abklärung bezüglich der Legalität der Einführung eines städtischen Ausweises in Auftrag zu geben. Nicht so die SVP. In der Antwort auf eine Interpellation (20.4703) von SVP Nationalrat Gregor Rutz nimmt der Bundesrat im Dezember letzten Jahres klar Stellung: «Die Gemeinden oder die Kantone haben keine Kompetenz, den Aufenthalt von Sans-Papiers nach eigenen Bestimmungen mit einem Ausweis verbindlich zu regeln». Der rechtswidrige Aufenthalt sei gemäss StGB ein strafbares Vergehen und die Polizei (auch diejenige der Stadt Zürich) dazu «verpflichtet», solche Straftaten zu verfolgen und anzuzeigen. Polizistinnen und Polizisten würden sich strafbar machen, «wenn sie sich bei einem hinreichenden Verdacht für eine Verletzung des Ausländergesetzes lediglich auf die "City Card" abstützen, ohne zu prüfen, ob die betreffende Person eine Aufenthaltsbewilligung besitzt».

Gemäss Aussage vom Bundesrat würde sich auch die Sicherheitsvorsteherin Karin Rykart Sutter strafbar machen, wenn sie ihrem Korps entsprechende Anweisungen geben würde. Gemäss Aussage des Bundesrates habe der Stadtrat bereits im Dezember letzten Jahres Kenntnis von diesem Sachverhalt. Trotz dieser klaren Ausführungen der Bundesbehörden lässt sich der Zürcher Stadtrat in seinem Vorhaben nicht beirren.

Die mächtige linke Zürcher Bourgeoisie ist in den letzten Jahren arrogant geworden. Dies stimmt nachdenklich bezüglich des zukünftigen Miteinanders der Stadt Zürich und dem Rest der Schweiz.